

Resolution

Solide Kommunalfinanzen statt ausufernder Kommunalverschuldung

Unsere Stadt Westerstede befindet sich wie die überwältigende Mehrheit der niedersächsischen Kommunen in einer katastrophalen Finanzsituation. Die kommunalen Kassenkredite in Niedersachsen haben sich innerhalb von 7 Jahren mehr als verdoppelt.¹ Die kommunale Neuverschuldung wird im Jahr 2010 noch einmal deutlich an Fahrt gewinnen, da sich erst in diesem Jahr die Finanzkrise vollständig auf die kommunalen Haushalt auswirken wird. Gleichzeitig werden die Sozialkosten durch Ansteigen der Arbeitslosigkeit und ansteigen. Gegenwärtig hat die EU-Zone noch ein niedriges Zinsniveau, aber mittelfristig droht den öffentlichen Haushalten ein deutlich höheres Zinsniveau, um Inflationsgefahren einzudämmen. Damit droht dem Schwungrad der Verschuldung ein weiterer gefährlicher Impuls.

Die hohen strukturellen Deckungslücken in den kommunalen Haushalten bedeuten nicht nur hohe Kassenkreditbestände, sondern auch eine gefährliche Investitionszurückhaltung mit langfristig negativen Konsequenzen. Zwar haben die Konjunkturpakete kurzfristig neue Investitionen ermöglicht, allerdings nur für 2 Jahre. Langfristig droht vielen Kommunen ein Verfall der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge.

Westerstedes Haushalt ist dabei bereits jetzt schon komplett aus den Fugen geraten, so dass die Kommunalaufsicht aufgrund der explosionsartig ansteigenden Neuverschuldung der letzten Jahre (seit dem Jahr der letzten Kommunalwahl 2006 hat sich Westerstedes Schuldenstand von 9,6 Mio € auf 2010 16,9 Mio € beinahe verdoppelt) jetzt die Reißleine gezogen und den Haushalt für 2010 nicht genehmigt hat.

Die politische Tagesordnung vieler Kommunen in Niedersachsen lautet daher derzeit : freiwillige Leistungen kürzen oder sogar einstellen (soweit sie überhaupt noch vorhanden waren), Stellen abbauen und streichen und kommunale Gebühren erhöhen. Auch in Westerstede ist jetzt die Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes angesagt. Es droht auch uns in unserer Stadt, dass sinnvolle und notwendige Investitionen für eine bessere pädagogische Betreuung und zur Senkung der Energiekosten oftmals nicht mehr durchgeführt werden können. Aus einem lebendigen Ort kommunaler Daseinsvorsorge droht eine überschuldete Abwrackzone zu werden. Das kommunale Ehrenamt im Stadtrat verliert damit deutlich an Attraktivität, eine Verschärfung der Krise kommunaler Demokratie droht auch uns.

Land spart zu Lasten der Kommunen

Das Land Niedersachsen hat sich in den vergangenen Jahren teilweise auf Kosten der Kommunen saniert. Die so genannte Verbundsteuerquote, also die Verteilung der Gemeinschaftssteuern zwischen Land und Kommunen, wurde von der amtierenden

¹ Vgl. Niedersächsisches Finanzministerium: Entwicklung der Finanz- und Haushaltslage des Landes Niedersachsen und der niedersächsischen Kommunen.

Landesregierung im Jahr 2005 um 150 Mio. Euro gegen massiven Protest der Städte und Gemeinden abgesenkt. Erst 2007 also nach einer Phase der konjunkturellen Erholung wurde die Verbundquote wieder auf 15.5% angehoben, ohne damit den alten Verteilungswert von 16.09% zu erreichen. Damit fehlen den Kommunen immer noch über 100 Mio. € im Vergleich zur Verteilungsmasse von vor 2005.

Neben diesem „Raubzug“ durch die kommunalen Kassen hat die Landesregierung eine Reihe von Landesaufgaben kommunalisiert. Hierfür gibt es zwar durch das Finanzverteilungsgesetz einen Ausgleich, dennoch bleibt abzuwarten, ob es bei angespannter Finanzlage auch weiterhin eine angemessene Kompensationsleistung gibt. Vor allen Dingen damit verbundene Versorgungslasten können am Ende bei den Kommunen landen.

Der „Zukunftsvertrag“ ist keine Lösung für die kommunale Verschuldung

Das Land Niedersachsen bietet den Kommunen derzeit eine partielle Altschuldenübernahme an, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen. Kommunen, die in den Genuß der Schuldenübernahme von alten Kassenkrediten bis maximal 75% kommen wollen, müssen strukturelle Reformen nachweisen. Dies kann z.B. in Form von kommunalen Fusionen geschehen.

Der Zukunftsvertrag übernimmt allerdings nur Kassenkredite bis zum Jahr 2009 – die gegenwärtige dramatische kommunale Neuverschuldung durch die Finanzkrise ist damit nicht erfasst. Gleichzeitig müssen die Kommunen die Hälfte der Schuldenübernahme über den kommunalen Finanzausgleich selbst schultern. Die Nachfrage hält sich daher bisher in Grenzen. Der Zukunftsvertrag ist keine substantielle Lösung für die kommunale Verschuldung. Eine nachhaltige Lösung kann allein eine echte Gemeindefinanzreform bewirken, durch die die Kommunen wieder planbare und verlässliche Einnahmen bekommen.

Bund senkt Steuereinnahmen und zwingt Kommunen zur Steuererhöhung

Auch der Bund trägt durch fragwürdige Steuersenkungen und billige Klientelpolitik (Hotelmehrwertsteuersenkung) bei gleichzeitiger Verlagerung von Lasten enormen Anteil an der finanziellen Misere der Städte und Gemeinden. So hat der Bund im Rahmen der Konjunkturpakete unter anderem Steuerentlastungen in Höhe von jährlich 13 Milliarden Euro beschlossen. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz erhöht diese Steuerausfälle um weitere 8 Milliarden Euro. Laut Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP soll ab dem Jahr 2011 im Rahmen einer großen Steuerreform eine weitere Entlastungsstufe in Höhe von 19 Milliarden Euro durch Einführung eines Stufentarifs im Einkommensteuerrecht erfolgen. Diese Steuersenkungen wirken sich über die Steuerverbundquote unmittelbar auf die Kommunen aus. Die Mär vom „mehr Netto vom Brutto“ entpuppt sich dann sehr schnell als billiger Taschenspielertrick, wenn überschuldete Kommunen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger Kommunalsteuern und Gebühren erhöhen müssen. Es ist ein steuer- und finanzpolitischer Unsinn, wenn der Bund die Steuersätze senkt und die Kommunen dazu zwingt die Gewerbe- und Grundsteuersätze zu erhöhen.

Kommunen brauchen eine verlässliche Finanzierung ihrer Aufgaben

Gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise kommt der kommunalen Daseinsvorsorge ein besonderer Stellenwert zu. Die Kommunen tragen und gestalten zahlreiche Dienstleistungen und Hilfen für die von der Krise bedrohten und betroffenen Menschen. Besonders große Bedeutung haben in schwierigen Zeiten die sozialen Leistungen für Langzeitarbeitslose, die Leistungen der Integration, der Bildung und der Betreuung von Kindern.

Ziel muss es sein, wieder für alle Kommunen verlässliche Einnahmepotenziale zu erschließen. Bund und Land müssen die Kosten des Sozialstaats deutlich stärker schultern und die besonders armen Kommunen müssen zudem von den Lasten der Vergangenheit befreit bzw. entlastet werden. Die Landesregierung muss sofort auf die Kommunen zugehen und mit Ihnen gemeinsam nach Lösungen für einen Solidarpakt Kommunalfinanzen suchen.

Der Rat der Stadt Westerstede fordert daher Land und Bund zur Umsetzung folgender Punkte auf:

1. Der Bund muss die Planungen für weitere Steuergeschenke in ungeahnter Größenordnung einstellen und bereits beschlossene unsinnige Gesetze - wie das Wachstumsbeschleunigungsgesetz - rückgängig machen. Das Land wird aufgefordert, ebenfalls im Bundesrat entsprechend aktiv zu werden. Ansonsten werden nicht nur bei uns in Westerstede 2010 und 2011 buchstäblich die Lichter ausgehen. Die Finanzierungsbasis der kommunalen Haushalte muss stattdessen auf neue Füße gestellt und damit gesichert werden.

2. Die Kommunen müssen bessere verbrieft **Einnahmemöglichkeiten** bekommen, um die grundgesetzlich garantierte Funktion als eigenständige Handlungsebene im Staatsaufbau erfüllen zu können. Die Gewerbesteuer muss in ihrem Charakter als **kommunale Wirtschaftssteuer** erhalten und gestärkt werden, indem ihre Bemessungsgrundlage durch die Einbeziehung der freien Berufe erweitert wird. Das Land muss gesetzlich verpflichtet werden, in steuerlich besseren Zeiten Rücklagen für die Kommunen zu bilden. Daher wird die **Abschaffung der Gewerbesteuer abgelehnt**. Die angedachte Kompensation mit der Umsatzsteuer würde zu einer massiven Umverteilung in einer Größenordnung von bis zu 40 Milliarden Euro (Aufkommen 2007 und 2008) zu Lasten der unteren und mittleren Einkommen führen. Auch ein kommunales Zuschlagsrecht auf die Einkommenssteuer wird abgelehnt, da damit bereits heute existierende Stadt-Umland Konflikte massiv verstärkt werden. Es ist weder fair noch ökologisch, wenn Umlandkommunen auf Kosten der Städte Einwohner abwerben können.

3. **Bund und Land** müssen ihrer Verantwortung für einen sozialen Föderalismus wieder gerecht werden und einen deutlichen höheren Anteil an der **Finanzierung der Soziallasten** übernehmen. Unter anderem muss der Bund in einem ersten Schritt wieder einen angemessenen Anteil an den **Kosten der Unterkunft für die Grundsicherung** tragen. Statt ihn von vormals 31,2 auf nunmehr etwa 23 % abzusenken, wäre ausweislich aller fachlichen Untersuchungen eine Beteiligung in der Größenordnung von 38 % erforderlich. Die versprochene Entlastung der Kommunen durch die Arbeitsmarktreformen ist bis heute nicht in den Kommunen angekommen.

4. Das Land muss seinen **Raubzug durch die kommunalen Kassen sofort beenden** und stattdessen wieder zu einer verlässlichen Finanzierung zurückkehren. Daher sind Kürzungen und Aufgabenverlagerungen zurückzunehmen. Das Land muss die Regelungen zur **Konnexität** strikt einhalten und darf nicht Aufgaben und Lasten ohne angemessenen finanziellen Ausgleich auf die Kommunen abschieben. Dies gilt auch für bereits in den Jahren 2005 bis 2008 beschlossene Gesetze, z.B. bei den Veränderungen bei der Umwelt- und Versorgungsverwaltung. Das Land muss die Verbundgrundlagen konstant halten und darf nicht je nach Kassenlage in diese eingreifen. Das bedeutet: konstanter Verbundsatz und konstante Bestandteile für die Ableitung der Verbundmasse.